

Datenschutzhinweis zur Durchführung von Beteiligungsverfahren

Wir möchten Sie darüber informieren, wie wir mit Ihren personenbezogenen Daten umgehen und welche Rechte Ihnen gemäß der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Bayerischen Datenschutzgesetz (BayDSG) zustehen. Die Verantwortung für die Datenverarbeitung liegt beim Regionaler Planungsverband Bayerischer Untermain - Region 1 (im Folgenden "wir" oder "uns" genannt).

Verantwortlichkeiten

Regionaler Planungsverband Bayerischer Untermain - Region 1
Bayernstraße 18
63739 Aschaffenburg
Deutschland
Telefon: 06021/394-3020
E-Mail: regionaler-planungsverband@lra-ab.bayern.de

Der Regionaler Planungsverband Bayerischer Untermain - Region 1 ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts. Er wird vertreten durch Landrat Dr. Alexander Legler.

Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten

Bei Fragen zum Datenschutz und zur Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten können Sie sich direkt an die Datenschutzbeauftragte / den Datenschutzbeauftragten des Regionaler Planungsverband Bayerischer Untermain - Region 1 wenden:

Regionaler Planungsverband Bayerischer Untermain - Region 1
Datenschutzbeauftragte/-r
Bayernstraße 18
63739 Aschaffenburg
Telefon: 06021/394-2030
E-Mail: datenschutz@LRA-ab.bayern.de

Zweck der Verarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten, soweit dies zur Erfüllung der folgenden Zwecke erforderlich ist:

- Unterrichtung und Beratung.
- Überwachung der Einhaltung der datenschutzrechtlichen Pflichten
- Stellungnahmen
- Behandlung datenschutzrechtlicher Belange von Betroffenen
- Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde

Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu den oben genannten Zwecken ist / sind Art. 6 DSGVO, Art. 4 Bay DSG, Art. 38 Abs. 4 DSGVO und Art. 39 Abs. 1 Buchst. a bis e DSGVO, Art 12 Bay DSG und Art 24 Abs. 5 Bay DSG, Art. 28 Abs. 3 i.V.m. Art. 38 DSGVO

Empfänger der personenbezogenen Daten außerhalb der Organisation

Artikel 4 Absatz 9 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) definiert den Begriff "Empfänger" als "die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder jede andere Stelle, der personenbezogene Daten übermittelt werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihr um einen Dritten handelt oder nicht".

Im Einzelfall werden personenbezogene Daten an die Aufsichtsbehörde, den Bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz weitergeleitet.

Speicherdauer

Wir informieren Sie über die Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer.

- Ihre Daten werden nur so lange gespeichert, wie dies zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe einschließlich entsprechender Dokumentationspflicht erforderlich ist.
- In der Regel werden personenbezogene Daten 10 Jahre nach Bayerischem Einheitsaktenplan (APIZ 0471) aufbewahrt.
- Im Einzelfall kann eine kürzere oder auch längere Aufbewahrungsfrist erforderlich sein.
- Löschung nach Erledigung der Anfrage bzw. auf Wunsch des Antragsstellers (m/w/d), soweit die gesetzlichen Vorschriften erfüllt sind.
- Löschung nach Erledigung im Rahmen der Betroffenenrechte 3 Jahre. Die Frist ergibt sich aus § 31 Abs. 2 Nr. 1 Ordnungswidrigkeitengesetz unter Verweis auf § 41 Abs. 1 BDSG, wiederum mit Verweis auf Art. 83 Abs. 5 lit. b DSGVO

Allgemeine Informationen für die Datenübermittlung in Drittländer

Im Rahmen unserer Datenverarbeitungen kann es vorkommen, dass bestimmte personenbezogene Daten in Länder übermittelt werden, in denen die EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) nicht geltendes Recht ist (sog. Drittländer). Eine solche Übermittlung ist nur zulässig, wenn die Europäische Kommission festgestellt hat, dass in dem betreffenden Drittland ein angemessenes Datenschutzniveau gewährleistet ist. Liegt ein solcher Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission nicht vor, dürfen personenbezogene Daten nur dann in ein Drittland übermittelt werden, wenn geeignete Garantien nach Art. 46 DSGVO vorliegen oder eine der Voraussetzungen des Art. 49 DSGVO erfüllt ist.

Sofern im Folgenden nichts anderes angegeben ist, verwenden wir für die Übermittlung personenbezogener Daten in Drittländern als geeignete Garantien die EU-Standarddatenschutzklauseln. Die betroffene Person hat das Recht, eine Kopie dieser EU-Standarddatenschutzklauseln zu erhalten oder diese einzusehen. Zu diesem Zweck wird empfohlen, sich an die unter Verantwortlichkeiten angegebenen Kontaktdaten zu wenden.

Soweit die betroffene Person in die Übermittlung personenbezogener Daten ausdrücklich einwilligt, erfolgt die Übermittlung auf der Rechtsgrundlage des Art. 49 Abs. 1 lit. a DSGVO.

Übermittlung der Daten an ein Drittland oder internationale Organisation

Eine Übertragung personenbezogener Daten an eine "internationale Organisation" (im Sinne von Art. 4 Nr. 26 DSGVO) oder an Verantwortliche, Auftragsverarbeiter oder sonstige Empfänger in einem Staat außerhalb der Europäischen Union (EU) und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) birgt aus Sicht des Betroffenen besondere Datenschutzrisiken.

Wir übermitteln personenbezogene Daten an folgende Empfänger außerhalb der Europäischen Union (EU) und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR): Datenübermittlung an ein Drittland oder an eine internationale Organisation findet nicht statt und ist auch nicht geplant.

Rechte der betroffenen Person

Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) garantiert jeder betroffenen Person bestimmte Rechte in Bezug auf ihre personenbezogenen Daten. Dazu gehören:

- Das Recht auf Auskunft: Jede betroffene Person hat das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu erhalten, ob personenbezogene Daten verarbeitet werden und auf Auskunft über diese Daten sowie auf weitere Informationen und Kopien dieser Daten.
- Das Recht auf Berichtigung: Jede betroffene Person hat das Recht, die unverzügliche Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen.
- Das Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“): Jede betroffene Person hat das Recht, die unverzügliche Löschung ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen.
- Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung: Jede betroffene Person hat das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen.
- Das Recht auf Datenübertragbarkeit: Jede betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten.
- Das Widerspruchsrecht: Jede betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Sofern durch uns personenbezogene Daten über die betroffene Person zum Zweck der Direktwerbung verarbeitet werden, kann die betroffene Person gegen diese Verarbeitung gem. Art. 21 Abs. 2 und Abs. 3 DSGVO Widerspruch einlegen.

Die betroffene Person hat ferner das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist: Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz (<https://www.datenschutz-bayern.de/vorstell/impresum.html>).

Verarbeitung bei der Ausübung Ihrer Rechte

Sofern Sie Ihre Rechte gemäß den Artikeln 15 bis 22 der DSGVO ausüben möchten, werden wir die von Ihnen übermittelten personenbezogenen Daten verarbeiten, um diese Rechte umzusetzen und um den Nachweis hierüber erbringen zu können. Wir werden die zur Auskunftserteilung und Vorbereitung gespeicherten Daten ausschließlich für diesen Zweck und für Zwecke der Datenschutzkontrolle verarbeiten und ansonsten die Verarbeitung gemäß Artikel 18 der DSGVO beschränken.

Diese Verarbeitungen basieren auf der Rechtsgrundlage des Artikels 6 Absatz 1 Buchstabe c der DSGVO in Verbindung mit den Artikeln 15 bis 22 der DSGVO.

Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn Sie in die Verarbeitung durch den Regionaler Planungsverband Bayerischer Untermain - Region 1 durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Pflicht/Keine Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Der Regionale Planungsverband benötigt Ihre Daten, um die Verarbeitungstätigkeit vornehmen zu können. Die Mitteilung personenbezogener Daten durch eine Person, welche sich mit einer Anfrage, einer Eingabe oder einer Beschwerde an den / die Datenschutzbeauftragte wendet, erfolgt grundsätzlich freiwillig. Unterbleibt in diesem Zusammenhang eine Bereitstellung personenbezogener Daten, so hat dies für die jeweilige Person keine unmittelbar rechtlich nachteilige Folgen; unter Umständen kann jedoch in einem solchen Fall die betreffende Anfrage, Eingabe oder Beschwerde nicht weiter bearbeitet werden.